

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 06.07.2017	Beginn 17:12 Uhr	Ende 20:33 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
 Christoforidou, Elissavet
 Hortolani, Frauke Dr.
 Kaufmann, Michaela Dr. Bis 20:15 Uhr
 Kick, Hans-Werner
 Kirschner, Thorsten bis 20:15 Uhr
 Philipp, Gerd
 Schier, Klaus Peter
 Tempel, Gabriele
 Wapenhans, Detlef
 Weidner, Johnnie
 Flühöh, Oliver Bis 20:15 Uhr
 Happe, Andreas
 Heinemann, Manfred
 Kampschulte, Matthias
 Lenz, Heinz-Jürgen
 Lusebrink, Hans-Otto
 Müller, Michael
 Rüttershoff, Heinz-Joachim
 Sartor, Christiane
 Thier, Heinz Georg
 Zeilert, Hans-Jürgen
 Beckmann, Philipp J. bis 19:50 Uhr
 Schwunk, Michael
 Stark, Wolfgang
 Gießwein, Brigitta
 Gießwein, Marcel
 Weidenfeld, Uwe Bis 20:15 Uhr
 Bockelmann, Christian Dr.
 Garn, Elke Ab 17:12 Uhr
 Feldmann, Jürgen
 Lubitz, Eleonore
 Burbulla, Johanna
 Huppelsberg, Wulf
 Stutzenberger, Olaf

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Appelkamp-Decker, Annika

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Mollenkott, Marion

Rath, Christiane

Rudolph, Heike

Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Riemann, Anja

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.

Pfeffer, Jörg

Kranz, Jürgen

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 30.03.2017, 27.04.2017 und 18.05.2017
- 4 Zukunft der Bäderlandschaft - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung 112/2017
- 5 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung
- 6 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 7 Ausschussumbesetzungen im Hauptausschuss, Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung, Sportausschuss und Sozialausschuss 088/2017
- 8 Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" - 5. Änderung - 064/2017
 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V. mit § 13 a BauGB
 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
- 9 27. FNP-Änderung (Kornborn/Börkede) Neufassung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 und 4 BauGB 077/2015/2
- 10 Lärmaktionsplanung der Stadt Schwelm (Stufe 2) 024/2017/1
 1. Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
 2. Abwägung und Beschlussfassung der Anregungen aus der Beteiligung der betr. Behörden und Träger öffentlicher Belange
 3. Beschlussfassung
- 11 Einziehung der öffentlich-rechtlichen Fußgängerverbindung "Ibach-Steg" 040/2017
- 12 Zentralisierung der Verwaltung

12.1	Bewilligung von (weiteren) außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für 2017 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement"	104/2017
12.2	Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort "Alte Brauerei"	115/2017
13	Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 im Produkt 12.01.01 "Gemeindestraßen" (Erstattung zu viel gezahlter Konzessionsabgaben)	105/2017
14	Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 06.07.2017 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW	108/2017
15	Jahresabschluss 2016 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS)	102/2017
16	Änderung der öffentlich rechtlichen Vereinbarung mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis über die Wahrnehmung der datenverarbeitungstechnischen Abwicklung der Sozialhilfebearbeitung	109/2017
17	Digitales Archiv NRW / Langzeitarchivierung	068/2017
18	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Vor Eröffnung der Sitzung des Rates begrüßt die Bürgermeisterin Frau Grollmann zunächst alle Anwesenden und spricht allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten, nachträgliche Glückwünsche aus.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und gibt Hinweise zu nachträglich ergangenen Vorlagen bzw. zur Tagesordnung. Sodann erteilt sie Herrn Philipp (SPD-Fraktion) das Wort. Dieser beantragt, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 zu tauschen, damit die anwesenden Einwohner/innen, die extra zum Thema Bäderlandschaft gekommen sind, im Anschluss an die Präsentation ihre Fragen stellen können.

Abstimmungsergebnis	einstimmig	x
---------------------	------------	---

3 Genehmigung der Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 30.03.2017, 27.04.2017 und 18.05.2017

Die Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 30.03.2017, 27.04.2017 und 18.05.2017 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

4 Zukunft der Bäderlandschaft - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung 112/2017

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt zum Tagesordnungspunkt Herrn Wettengel von der Firma Ernst & Young, die die Machbarkeitsstudie durchgeführt hat. Im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift) stellt Herr Wettengel die Machbarkeitsstudie vor. Im Anschluss daran entwickelt sich eine lebhafte Diskussion, in dessen Verlauf Herr Wettengel Fragen aus dem Gremium beantwortet.

Herr Stutzenberger (Fraktion DIE BÜRGER) stellt klar, dass die Variante, die er angefragt hat, nicht bearbeitet wurde (Hallen- und Freibad am selben Standort). Darüber hinaus bittet er um Spezifizierung des 2521 Simply Swimming Modulkonzeptes. Schließlich spricht er die Besucherzahlen an und fragt nach, wie Ernst & Young die für das Ganzjahresbad prognostizierten Besucherzahlen (133.000 jährlich) ermittelt hat. Insbesondere fragt er nach, warum beim Ganzjahresbad

60.000 Besucher mehr prognostiziert wurden als die validen Besucherzahlen des jetzigen Bades. Insgesamt äußert er Zweifel an der Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Herr Wettengel erläutert, dass die Prognose der Besucherzahlen aus einem Durchschnittswert vergleichbarer Bäder des Umfeldes erstellt wurde. Die Prognose liegt mit 133.000 Besuchern im unteren Bereich. Laut seiner Erläuterung handelt es sich bereits um eine konservative Angabe, weil die Zahlen sonst durchschnittlich bei 180.000 liegen.

Herr Beckmann (FDP-Fraktion) greift die Diskussion auf und bittet um eine Worst-Case und eine Best-Case Berechnung.

Herr Schwunk (FDP-Fraktion) richtet sich direkt an die Bürgermeisterin Frau Grollmann mit der Frage warum das große bürgerschaftliche Engagement nicht stärker eingeplant ist. Darüber hinaus hätte er gerne die jährliche Haushaltsbelastung (Stärkungspakt I) in dem Datenvergleich.

Herr Flüshöh (CDU-Fraktion) geht ebenfalls auf die Besucherzahlen ein und bringt diese in Zusammenhang mit der Wettbewerbssituation. Er fragt konkret nach, ob Aspekte der Konkurrenz zwischen den Städten in die Studie mit eingeflossen seien oder die Firma Ernst & Young sich in erster Linie auf statistische Werte gestützt habe.

Herr Wettengel erläutert, dass die Konkurrenz im Umkreis nicht in die Machbarkeitsstudie einbezogen wurde, weil dies einem „in die Glaskugel schauen“ gleichkäme. Als sichere Annahme könne aber vorausgesetzt werden, dass die Besucherzahlen zukünftig stetig sinken, wenn die Bäderlandschaft so bleibt wie bisher.

Herr Lenz bittet darum, dass der Politik alle vorliegenden Daten zur Verfügung gestellt werden. Darauf erwidert Herr Schweinsberg als zuständiger Geschäftsbereichsleiter, dies sei bereits geschehen.

Herr Philipp (SPD-Fraktion) betont die Vordringlichkeit der Sicherstellung des Schulschwimmens. Er fragt nach der der Studie zu Grunde liegenden Hierarchie zwischen Schulschwimmen und öffentlichem Schwimmen.

Herr Stutzenberger weist darauf hin, dass die Politik die Varianten ggf. nicht differenziert und konkret genug benannt hat. Die Variante des Ganzjahresbades, die einhellig gewollt ist, sei gar nicht in der E&Y Auswertung enthalten. Ob die Vereine und die Schulen befragt worden seien? Nichts sei schließlich schlimmer, als wenn am Ende eine Variante dabei herauskomme, zu der die Bürger sagen: „So ein Quatsch“.

Herr Schweinsberg (Geschäftsbereichsleiter) äußert sich dahingehend, dass die Vereine etc. einbezogen werden.

Herr Gießwein (Fraktion DIE GRÜNEN) hinterfragt ebenfalls die prognostizierten Besucherzahlen, insbesondere mit und ohne Sauna. Er weist darauf hin, dass der Schwerpunkt der Antrag stellenden Fraktionen in erster Linie auf Schwimmen lag „ohne Firlefanz drum herum“.

Frau Dr. Hortolani fragt nach Informationen zu einem Hallenbad auf dem Gelände des Freibades mit Freibadfläche, einem Ganzjahresbad als Cabriomodell.

Auf Grund des Diskussionsbedarfs, der zahlreichen kreativen Ideen und dem Wunsch aus den Fraktionen, weitere Varianten in die Machbarkeitsstudie einzubeziehen, bittet die Bürgermeisterin darum, der Verwaltung die gewünschten Ergänzungen zeitnah schriftlich zu übermitteln. Dies wurde zugesagt und vereinbart.

5 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Ursula Bracklo 1. Vorsitzende des TSC (Tauchsportclub) Schwelm

„Ich glaube ich spreche im Namen der meisten Vereine. Wir haben immer wieder betont dass es uns wichtig wäre, ein Sportbad zu behalten. Das ist mit Simply Swimming nicht möglich.

Außerdem wäre der Tauchverein völlig außen vor wegen der geringen Wassertiefe. Ich bitte zu bedenken, dass der TSC Schwelm im Umkreis der größte Tauchsportverein ist und ich finde wir sollten da auch Berücksichtigung finden.“

Herr Schweinsberg greift den Beitrag auf und stellt klar, dass Herr Wettengel im Rahmen der Machbarkeitsstudie ergebnisoffen verschiedene Varianten vorgestellt habe. Simply Swimming sei noch keineswegs fest geplant.

Wolfgang Jittler (Vorsitzender und Gründungsmitglied des Trägervereins Freibad) fragt unter Bezugnahme auf die Auswertung „Freibad“ nach, ob E&Y entgangen sei, dass gerade die alternative Nutzung des Freibades zu seiner Erhaltung geführt habe. Herr Schweinsberg antwortet, dass die Interpretation im Hinblick auf die Zielsetzung umgedeutet werden müsse, sodass die Interpretation positiv ausfalle. Darüber hinaus bittet Herr Jittler um die Einbindung der Bürgerschaft in den weiteren Prozess.

Die Frage von Herrn Juraschek nach dem Doppelkreuz bei Gesundheit und Wellness wird laut Auskunft von Frau Grollmann mitgenommen und nachträglich von der Verwaltung beantwortet. Die Beantwortung soll im Rahmen der Erörterung des Bäderkonzepts mit den Schwimmvereinen aufgegriffen werden.

Herr Szepan merkt zu der Variante Freibad – Ganzjahresbad an, dass ausreichend Parkplätze geschaffen werden sollten.

6 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Grollmann informiert über den Festakt zur 10-jährigen Städtepartnerschaft Schwelm-Fourqueux.

Im Anschluss berichtet Herr Schweinsberg über den Sachstand beim Projekt Kunstrasen: Gestern konnte der Auftrag an die Firma STRABAG AG vergeben werden. Bis jetzt läuft alles im Plan. Die Verwaltung hofft, termingerecht fertig zu werden.

7 Ausschussumbesetzungen im Hauptausschuss, Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung, Sportausschuss und Sozialausschuss **088/2017**

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Ausschussumbesetzungen werden beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
HA	Wolfgang Stark	Philipp Beckmann	ordentliches Mitglied
	Philipp Beckmann	Wolfgang Stark	1. stv. Mitglied
AUS	Heiko Beckmann	Wolfgang Stark	ordentliches Mitglied
	Bernd Leupold	Heiko Beckmann	1. stv. Mitglied
SpA	Bernd Leupold	Reiner Riess	ordentliches Mitglied
	Reiner Riess	Bernd Leupold	1. stv. Mitglied
SozA	Anhelina Leupold	Jan Poschmann	ordentliches Mitglied

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

8 **Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" 064/2017 - 5. Änderung -**

- 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V. mit § 13 a BauGB**
- 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 (1) BauGB**
- 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Die Vorsitzende erteilt das Wort Herrn Schweinsberg. Das erforderliche Gespräch mit der Schwelmer und Sozialen hat stattgefunden und es wurde eine Einigung erzielt. Auf Nachfrage von Herrn Schwunk teilt Herr Schweinsberg mit, dass der zuletzt besprochene Betrag annähernd vereinbart wurde.

Beschluss:

Beschlussempfehlung des AUS und Hauptausschusses an den Rat

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 „Neues Wohngebiet Brunnen“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung gem. § 2 (5) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Beschluss:

1. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Anregung der Bezirksregierung Arnsberg wird teilweise übernommen und in den Lärmaktionsplan eingearbeitet. (redaktionelle Änderung)
3. Die nun vorgelegte Lärmaktionsplanung der Stufe 2 (Anlage 1) wird beschlossen und die Verwaltung wird beauftragt, diese bei allen Planungen, die hierzu in Bezug stehen, zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Einziehung der öffentlich-rechtlichen Fußgängerverbindung "Ibach-Steg"

040/2017

Herr Feldmann (Fraktion Die LINKE) fragt zur Sicherheit nach, dass der heutige Beschluss aber nicht bedeutet, dass nach Einziehung kein neuer Steg mehr gebaut werden kann. Herr Guthier (Fachbereichsleiter Planen und Bauen) antwortet, dass mit der heutigen Sitzung der Einstieg in das Verfahren erfolge und erst im September endgültig abgestimmt werde.

Herr Wapenhans (SPD-Fraktion) äußert die Bitte, die Kette am IBACH Haus zu entfernen um die Barrierefreiheit zu verbessern.

Herr Guthier wird diese Anregung mit ins Verfahren nehmen.

Frau Lubitz (Fraktion DIE LINKE) greift den Aspekt auf und erweitert ihn um die parkenden LKW die aus ihrer Sicht so dort nicht stehen sollten.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung mit folgendem Ergebnis.

Beschluss:

Die öffentlich-rechtliche Verkehrsfläche „Fußgängerverbindung Ibach-Steg“ zwischen Nordstraße und Märkische Straße verliert durch Einziehung gemäß § 7 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) die Eigenschaft einer öffentlichen Straße. Die einzuziehende Wegeverbindung führt über ein Brückenbauwerk und befindet sich gänzlich auf den Grundstücken der DB Netz AG. Die Wegeverbindung/Brückenbauwerk ist in dem als Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beigefügten Lageplan dargestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, das Einziehungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

12 Zentralisierung der Verwaltung

12.1 Bewilligung von (weiteren) außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für 2017 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" 104/2017

Die Vorsitzende Frau Bürgermeisterin Grollmann ruft den Tagesordnungspunkt 12.1 auf und erteilt zunächst Herrn Schwunk das Wort.

Dieser weist darauf hin, dass der Grundstückskauf nicht marktgerecht sei und fragt nach, warum die beantragten Kosten nicht vorher geprüft wurden (vgl. Ausführungen im Hauptausschuss). Aus Sicht der FDP-Fraktion ist diese Situation völlig unnötig entstanden. Ohne dass überhaupt ein Spaten in die Hand genommen worden sei seien schon 6 Millionen Kosten entstanden. Ein Globaltitel werde nicht die Zustimmung der FDP finden.

Daraufhin entsteht eine kontroverse Diskussion.

Herr Kick (SPD-Fraktion) äußert sich kritisch zu Herrn Schwunks Wortbeitrag. Er müsse sich schon entscheiden ob er zukünftig wiederholt Überplanmäßige Ausgaben oder einen Betrag haben wolle. Beides könne er nicht kritisieren.

Herr Beckmann (FDP-Fraktion) bekräftigt daraufhin die Ausführungen von Herrn Schwunk, es gebe keinen Blankoscheck. Herr Kirschner (SPD-Fraktion) entgegnet, dass das Geld in vertrauensvolle Hände gegeben werde. Herr Flühöh (CDU-Fraktion) verweist auf die Diskussion in der letzten Sitzung. Er bittet erneut darum sachlich zu bleiben. Wenn die FDP solche Diskussionen zukünftig immer wieder und weiter führe, werde der Rat schon andere Mittel und Wege finden, der Verwaltung das Geld als laufendes Geschäft der Verwaltung zu überlassen.

Herr Schwunk erwidert, dass es die FDP geärgert hat, dass erkennbare Kosten bei Vertragsschluss nicht transparent gemacht wurden.

Herr Gießwein (Fraktion DIE GRÜNEN) bekräftigt, dass die Diskussion nicht immer wieder neu entfacht werden solle. Vielmehr sollten die unterschiedlichen Sachverhalte, auch in Bezug auf die Öffentlichkeit, fair und ehrlich getrennt werden. Die Transparenz sei gut. Es entstünden keine Zusatzausgaben sondern lediglich eine Umschichtung zwischen den Haushaltsstellen.

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0277.785100 - "Zusammenführung Verwaltungsstandorte in der Innenstadt" werden für das Haushaltsjahr 2017 weitere außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 400.000,-- EUR (damit insgesamt 500.000,-- EUR) bewilligt.

Die Deckung ist durch Minderaufwendungen / Minderauszahlungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0257.785110 – „Umbau GHS zum Rathaus“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	dafür	31
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

12.2 Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort "Alte Brauerei"

115/2017

Frau Bürgermeisterin Grollmann ruft den TOP 12.2 auf und erteilt zunächst Herrn Schweinsberg das Wort.

Dieser teilt, bevor er auf die eigentliche Vorlage 115/2017 eingeht, mit, *die Kreisverwaltung habe heute mündlich erklärt, eine Anmietung der Gustav-Heinemann Schule komme für sie nicht in Betracht.*

In Bezug auf die Vorlage (hier Punkt 3) erläutert er, *dass der dort gewählte Begriff der **Baukostenobergrenze** bewusst so gewählt wurde, weil es sich dabei tatsächlich um die Baukosten handele. Dadurch sei impliziert, dass der Kaufpreis des Grundstücks hier nicht zu berücksichtigen sei. Darüber hinaus stehe an keiner Stelle der Vorlage, das Rathaus verursache 30 Mio. Baukosten. Vielmehr sei auch die Errichtung der geplanten Ladenpassage kostenmäßig hinterlegt. Sofern der Rat die Vorlage gleich beschließen werde, versetze er die Verwaltung in die Lage, bereits in der Sommerpause den Projektsteuerer gemeinsam mit dem Arbeitskreis und der Kanzlei Baumeister und Partner abschließend auszuwählen und bereits in der Ratssitzung im September (28.09.2017) erste verfahrenseinleitende Schritte mit diesem Projektsteuerer besprechen zu können.*

Im Anschluss an die Vorbemerkungen des Geschäftsbereichsleiters gehen zahlreiche Wortmeldungen ein.

Herr Feldmann (Fraktion DIE LINKE) zeigt sich entsetzt, wie Millionen einfach so durchgewunken werden und äußert, dass dieser Beschluss vom Rat zurückgeholt werden sollte.

Herr Schwunk (FDP-Fraktion) stimmt Herrn Feldmann zu. Das übersteige alles, was ursprünglich geplant war. Das könne die Stadt nicht verkraften. Er spricht von einer Elbphilharmonisierung und Belastungen, die die Schwelmer Bürger die nächsten 80 Jahre tragen müssen.

Herr Flühöh (CDU-Fraktion) entgegnet, die 30 Mio sähen eine Planung vor, in der im Erdgeschoss Einzelhandel sei. Unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung hielte die CDU-Fraktion es immer noch für die richtige Entscheidung dieses zentrale Grundstück in das Eigentum der Stadt gebracht zu haben. Als erster Schritt sei das Grundstück gekauft worden und in einem zweiten Schritt werde überlegt, ob das Rathaus dahin komme. Risiken gebe es überall, auch bei der GHS.

Er äußert die Bitte um Ergänzung des Punktes 2 insoweit, als dass **die Verwaltung nach Vorgabe des Arbeitskreises Zentralisierung** den Projektsteuerer als **Geschäft der laufenden Verwaltung in Bindung an den Beschluss dieses Gremiums** auswählen darf (Anregung des Herrn Flühöh um Ergänzung des Beschlussvorschlages zu 2).

Punkt 1 könne geschoben und nach der Sommerpause entschieden werden, um auch den Fraktionen gerecht zu werden, die noch nicht zu einer abschließenden Meinung gekommen seien (**Vertagungsantrag** des Herrn Flühöh zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages).

Herr Feldmann appelliert, noch einmal darüber nachzudenken, ob das der Weg sein soll („36 Mio sind mehr als 24“). Herr Schweinsberg betont, dass die Verwaltung nie gesagt hätte, die 24 Mio Euro seien inklusive einer Ladenzeile.

Frau Burbulla (Fraktion DIE BÜRGER) erwidert auf Herrn Feldmann, es handele sich hier um unterschiedliche Projekte und er vergleiche Äpfel mit Birnen. Eine *Vertagung* werde von der Fraktion DIE BÜRGER nicht mitgetragen.

Herr Beckmann (FDP-Fraktion) nennt die Vorgehensweise, erneut eingehend auf die Kosten „Betrug am Wähler“. Die Kosten für das Rathaus seien ursprünglich mit 24 Millionen eingeplant gewesen. Nunmehr handele es sich um 30 Millionen inklusive Einzelhandel. Hier werde die Stadt unternehmerisch tätig. Das unternehmerische Risiko gehöre auch in unternehmerische Hände. Schließlich werde hier das Geld der Bürgerinnen und Bürger verwaltet.

Herr Dr. Bockelmann (Fraktion SWG/BfS) äußert Zweifel, ob im Hinblick auf zwei so große Projekte die nötige Manpower bei der Stadt vorhanden sei. Vielmehr sehe er ein personelles Problem (Projektsteuerer). Da er persönlich nicht für das Unternehmermodell war, werde er sich auch heute wieder enthalten.

Frau Lubitz (Fraktion Die Linke) bezeichnet sich als die Pragmatikerin der Fraktion die LINKE. Als solche spricht sie Herrn Flühöh ihren Dank aus. Ohne seine Fraktion wäre es für die Stadt nicht möglich gewesen, Eignerin des Grundstücks zu werden. Darüber hinaus sei ihr wichtig, dass die Hauptschule West als Standort der Sekundarstufe 1 erhalten werden könne. *Eine Vertagung* des Tagesordnungspunktes (Beschlussvorschlag zu 1) befürworte sie nicht.

Herr Kick (SPD-Fraktion) geht formal auf die Beschlussvorlage ein und appelliert für eine Verabschiedung mit großer Mehrheit. Die SPD-Fraktion würde aber auch einer *Vertagung* zustimmen.

Herr Flühöh verwehrt sich gegen die Aussage es sei Betrug am Wähler. Es gebe großemäßig vergleichbare Städte, die durchaus unternehmerisch tätig seien. Obwohl eine Mehrheit für das Rathaus gegeben wäre, hält er den *Vertagungsantrag* mit Rücksicht auf die Ratsmitglieder/Fraktionen, die die Zeit noch brauchen, um die Chance zu diskutieren, für sinnvoll.

Herr Gießwein (Fraktion DIE GRÜNEN): „Was heute hier passiert ist ein Paradebeispiel wie man Dinge kaputtreden kann.“ In seinen weiteren Ausführungen geht er auf den *Vertagungsantrag* ein und stellt fest, dass DIE GRÜNEN den Antrag 1 heute nicht entscheiden würden. Schritt 1 sei gewesen, das Grundstück zu kaufen, Schritt 2, wo die Verwaltung entstehen soll. Sie seien noch nicht entschieden, ob der eine oder der andere Standort genommen werden soll. Er glaube, dass die Stadt das an dem Standort (ehemalige Brauerei) schaffe, sei sich aber nicht sicher und bedankt sich dafür, dass DIE GRÜNEN im Hinblick auf ihren Diskussionsbedarf durch die avisierte *Vertagung* mitgenommen werden.

Daraufhin übt Herr Stutzenberger (Fraktion DIE BÜRGER) deutlich Kritik an den Fraktionen, da offensichtlich nun die Standortfrage wieder auflebe. Das komme einer Rolle rückwärts gleich. Zuletzt habe es ein sehr klares Statement für den Standort Rathaus auf dem Gelände der Brauerei gegeben.

Am Ende der Diskussion kritisiert Herr Schwunk noch einmal, dass sich die Kosten immer wieder verändern, betont aber auch, dass die FDP-Fraktion bei der weiteren Projektierung konstruktiv mitarbeiten werde.

Beschluss:

zu 1.)

Der Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 26.1.2016 (Vorlage 025/2016) zur Umsetzung der Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort der ehemaligen Gustav-Heinemann- Schule wird aufgehoben und nicht weiter verfolgt.

Geänderter Beschluss zu 2.) – unter Einbeziehung der Ergänzungsanregung des Herrn Flühöh:

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt *die Verwaltung, nach Vorgabe des Arbeitskreises Zentralisierung* unter Hinzuziehung der Kanzlei Baumeister und Partner den Projektsteuerer *als Geschäft der laufenden Verwaltung in Bindung an den Beschluss dieses Gremiums* für das Projekt „Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort Alte Brauerei“ in den Sommerferien 2017 auszuwählen.

zu 3.)

Die Baukostenobergrenze für das Projekt „Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort Alte Brauerei“ wird auf 30 Millionen Euro inklusive der Errichtung von Einzelhandelsflächen festgesetzt. Der Betrag beinhaltet die Errichtung der geplanten „Ladenpassage“.

zu 4.)

Die finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorschläge 1-3 sind im Etat 2018 ff abzubilden

Beschlussfassung über *Vertagungsantrag des Herrn Flühöh* zu Punkt 1:

Abstimmungsergebnis:	dafür	26
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	3

Beschlussfassung über Punkt 2 *unter Einbeziehung der Ergänzungsanregung des Herrn Flühöh:*

Abstimmungsergebnis:	dafür	30
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

Beschlussfassung über Punkt 3:

Abstimmungsergebnis:	dafür	30
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

Beschlussfassung über Punkt 4:

Abstimmungsergebnis:	dafür	30
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

- 13 Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 im Produkt 12.01.01 "Gemeindestraßen" (Erstattung zu viel gezahlter Konzessionsabgaben) 105/2017**

Beschluss:

Im Produkt 12.01.01 „Gemeindestraßen“ werden für das Haushaltsjahr 2017 außerplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen bei der Haushaltsstelle 12.01.01.549900 „Übrige weitere Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ in Höhe von 31.276,12 € bewilligt.

Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitung ist durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei der Haushaltsstelle 09.02.02.529100 „Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 14 Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am 06.07.2017 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW 108/2017**

Frau Grollmann übergibt die Sitzungsleitung an ihre Stellvertreterin Frau Christiane Sartor (CDU-Fraktion). Da keine Wortmeldungen vorliegen, wird die Abstimmung durchgeführt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 22.06.2017 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW zur Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs – Unternehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 15 Jahresabschluss 2016 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS) 102/2017**

Frau Grollmann erteilt, nachdem sie die Sitzungsleitung wieder übernommen hat, Herrn Gießwein das Wort. Dieser richtet seinen ausdrücklichen Dank an Frau Rasche für die Führung der Geschäfte und kündigt an, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Im Anschluss ergibt sich eine Diskussion über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings.

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG bzw. der Beteiligungsgesellschaft mbH, Frau Städtische Verwaltungsrätin Marion Mollenkott, wird ermächtigt, den Vorschlägen des Aufsichtsrates im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen.

Ferner wird sie ermächtigt, der Entlastung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	26
	dagegen:	3

- 16 Änderung der öffentlich rechtlichen Vereinbarung 109/2017
mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis über die Wahrnehmung
der datenverarbeitungstechnischen Abwicklung der
Sozialhilfebearbeitung**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich rechtliche Vereinbarung mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis über die Wahrnehmung der datenverarbeitungstechnischen Abwicklung der Sozialhilfebearbeitung entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage 109/2017 zu ändern.

Abstimmungsergebnis:	dafür	26
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	0

- 17 Digitales Archiv NRW / Langzeitarchivierung 068/2017**

Beschluss:

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 18 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung**

Keine

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift, ausgenommen zu TOP A 14:

Schwelm, den 16.08.2017	Schriftführerin gez. Riemann	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	------------------------------------	--

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift zu TOP A 14:

Schwelm, den 16.08.2017	Schriftführerin gez. Riemann	1. stv. Bürgermeisterin gez. Sartor
-------------------------	------------------------------------	---